

Berliner Tageblatt

Nr. 449 - Ausgabe B Nr. 223
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 449

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Besprechungen über die Regierungsbildung. Die Lösung der bayerischen Krise.

Beginn der Parteiverhandlungen nicht vor Sonntag.

Die Frage der Umbildung der Kabinette im Reich und in Preußen drängt nach ihrer Lösung. Die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Parteien werden allerdingst kaum vor Sonntag ihren Anfang nehmen können, da die führenden Verantwortlichen der Sozialdemokratie bis dahin durch den Parteitag abgehalten werden. Ammerlin haben inzwischen bereits mehrfache Besprechungen des Reichstanzlers Dr. Wirth und des preussischen Ministerpräsidenten Siegelowald bei dem Reichspräsidenten stattgefunden. Siegelowald war schon vor drei Wochen beim Reichspräsidenten für Erweiterung der Ministerien, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich, nach rechts hin, eingetreten und hatte dabei auf die Zustimmung hingewiesen, daß wir nicht nur unseren wirtschaftlichen, sondern auch unseren politischen Kredit im Ausland erhöhen möchten, wenn man die Vertreter der Industrie und damit der Deutschen Volkspartei, mit zur Regierung hinzuziehe. Ebert sagte sich darauf mit der Sozialdemokratie in Verbindung als seine Vermittlung scheint hauptsächlich jener Umfassung eingetreten zu sein, der zu der Resolution des Parteivorstandes führte und ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ermöglicht. Neuerdings scheint man mit der Möglichkeit zu rechnen, daß **zuerst einmal das preussische Kabinett** rekonstruiert wird, während im Reich die Angelegenheit noch eine Zeitlang aufgeschoben werden soll. Siegelowald selbst hat keine große Lust mehr, im Rahmen der bisherigen Kabinette zu bleiben, trotzdem einen neuen Versuch, würde aber, wie wir hören, die Leitung des Kabinetts übertragen sollte, würde sein bisheriges Ressortministerium der Wirtschaft abgeben. Man spricht davon, daß es dem Sozialdemokraten Otto Braun, dem früheren Landwirtschaftsminister, angeboten werden soll. Es ist aber nicht anzunehmen, daß er dieses Portefeuille annehmen wird. Eher dürfte er als Nachfolger des aus dem Amte scheidenden Reichsministers des Innern Dr. Gumbert in Frage kommen. Die jüdische Ministerialverwaltung ist anzunehmen, daß der frühere Innenminister Sieberling in das Kabinett eintreten wird. Jedemfalls betrachtet die Sozialdemokratie das als ein *Conditio sine qua non*. Auf Seiten der Deutschen Volkspartei ist Herr v. Campenhausen, der Sozialdemokratie einen Volksparteiellen an dieser Stelle unter dem Vorbehalt, daß er auch das Zentrum keine Neigung hat, diesen Vorschlag zu übernehmen, die dafür in erster Linie ein Demokrat in Betracht kommen. Wahrscheinlich wird bereits in der nächsten Woche das gesamte preussische Kabinett seinen Austritt erklären. Die einzelnen Beamten und Minister werden ausfinden und der Landtag wird wiederum vor die Aufgabe gestellt sein, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Ein weiteres schwieriges Problem ist neben dem bisherigen früheren Innenministerium, die die ganze Last auf die städtischen Steuerabwälzung und der Landwirtschaft große Konzeptionen macht, und die bei der Sozialdemokratie großen Widerspruch begegnen. Bei der Verhandlungen über die Bildung der Koalition dürfte auch hierüber erst Klarheit geschaffen werden, ehe man sich auf ein neues Regierungsprogramm einigt.

Das mißglückte Mandat der Kanzlerfürzer.

Die Sozialdemokratie lehnt ab.

Der von Rechtspolitikern und Rechtsblättern unternommene Versuch, jetzt nach dem Beschlusse des Göttinger Parteitag des Reichstanzlers Dr. Wirth zu befestigen, kann erstreckungsbereits als mißglückt bezeichnet werden. Der Dr. Stresemann, der sich in immer neuen heftigen Absichten an diesen Versuch beteiligt, hat damit nur sich persönlich und dem Koalitionsgedanken außerordentlich geschadet. Man hatte geglaubt, sehr gefestigt zu sein, indem man der Sozialdemokratie nahelegte, aus ihren Reihen heraus den Reichstanzler zu stellen. Darum wurde in allerletzter Information der sozialdemokratische Reichstagspräsident Ebert als geeigneter Kandidat genannt. Unter ihm sollte dann Herr Dr. Stresemann, möglichst ungehindert, als Minister des Äußeren die auswärtige Politik der Deutschen Republik leiten. Es war vorherzusehen, daß die Sozialdemokratie auf diesen Plan nicht eingehen werde, und sie erteilt seinen Überhebungen denn auch eine entscheidende und deutliche Abfuhr. Der Parteivorstand erklärt, daß die Sozialdemokratie, bevor über die Koalition mit der Deutschen Volkspartei verhandelt werden könne, erst wissen müsse, ob die Volkspartei die Göttinger Mindestforderungen annehme, und fährt dann fort:

„Aber unterrichten soll doch heute schon werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denken kann, auf das Mandat der Parteivorstand einzugehen, das jetzt in der Presse eingeleitet wird. Hierbei sind die Reichstanzler Wirth hierzu zu helfen. Selbst wenn Stresemann persönlich an dem Spiel beteiligt wäre. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß sich auch sämtliche Mitglieder des Reichstagsbundes entschließen werden gegen diese Treibereien auszusprechen. Wir haben und ihrerseits an der Reichstagsversammlung Wirths auszuweisen, und innerpolitischen Glauben festhalten.“

Die Programmrede des Grafen Lerchenfeld.

Genau zehn Tage hat die Umbildung der bayerischen Regierung in Anspruch genommen. Am 11. September trat Ministerpräsident von Kahr zurück, weil die von ihm gewünschte einschränkende Formel, nach der der bayerische Belagerungszustand erst aufgehoben werden sollte, „wenn die Verhältnisse es gestatten“, von dem Landtagsausschuß abgelehnt wurde. Am 21. September wurde als sein Nachfolger Graf Lerchenfeld gewählt, dessen Programmrede wir heute morgen mitgeteilt haben. Fünf dem Kabinett Kahr angehörige Minister, drei Mitglieder der Bayerischen Volkspartei (Dr. Matt, Dr. Krausnick und Oswald), ein Angehöriger des Bayerischen Bauernbundes (Waghofer) und ein Demokrat (Sambelminister Seemann) sind in ihren Ämtern verblieben. Ausgeschieden ist nur der deutschnationale Justizminister Roth, dessen Ressort der neue Ministerpräsident mit übernimmt, während an die Spitze des bisher formell von Kahr verwalteten Ministeriums des Innern dessen bisheriger Staatssekretär Dr. Schwoyer als Minister tritt. Damit ist die Bayerische Mittelpartei, die unter dieser falschen Frage Deutschnationale und Deutsche Volkspartei verpfändet, aus der Koalition ausgetreten, und ihre Presse geht schon mit einer offenen Kampflage gegen die neue Regierung vor. Eine Verbreiterung der Koalitionsspekulation nach links ist nicht erfolgt. Aber auch diese verfeinerte Koalition vermag über eine, wenn auch nicht sehr starke, Mehrheit im Landtag.

Die bayerische Regierungskrise ist also gelöst. Man erwartet, daß damit auch die Krise, die im Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich entstanden war, zur Lösung gelangt. Graf Lerchenfeld betont in seiner Programmrede, daß trotz des Ausscheidens einer Koalitionspartei die allgemeinen Richtlinien des bisherigen Koalitionsprogramms für ihn maßgebend bleiben. Daran wird nicht zu zweifeln, aber es wird auch darauf hinzuweisen sein, daß in der letzten Zeit diese allgemeinen Richtlinien mehr und mehr in der Richtung der rechtsradikalen Forderungen und Interessen vermischt worden sind, daß in dem Dreieck Kahr-Roth-Boehner der erste Name hinter den beiden letzten mehr und mehr zurücktrat.

Es ist bezeichnend, daß der letzte Aufruf, den Herr v. Kahr erteilte, sich gegen rechtsradikale Forderungen richtete. Es ist bezeichnend, daß immer rechtsradikalere Kreise der Deutschen Volkspartei, der sogenannten national-sozialistischen Partei, enthielten in Bayern und für Bayern in diesen rechtsradikalen Gefahren, die als Reichsgefährden durch die Propaganda von Graf Lerchenfeld klar geworden sind und zu der Verschärfung des Belagerungszustandes vom 29. August, dem Ausgangspunkt der bayerischen Krise, Veranlassung gegeben haben. Die Zusammenhänge zwischen dem deutschnationalen Egoismus und Ehrgeiz, zwischen den Gruppen in Schichten und gewissen (nicht bayerischen) Kreisen in Bayern, die mit einem gewissen Nationalismus spielen und inwieweit auch durch die zeitweilige Verhaftung Dr. Arnold Rüges einwandfrei festgestellt. Die sozialdemokratische Münchener „Post“ veröffentlicht gestern genaues Material über die auch für Bayern benötigten Aufwände, und ein gewicht nicht radikales Blatt wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ stellt gestern die in München unzulässigen Forderungen mit, daß von rechtsradikalen Seite eine gewalttätige Forderung der Landtagsbildung beabsichtigt war und sogar die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei im Reich ihren Parteifreunden in Bayern die Mahnung zugehen ließ, man möge von allen putschistischen Elementen vernehmbar abdrücken. Herr v. Kahr betonte in seinem letzten Aufruf, der vor „gewalttätigen Eingriffen in den verfassungsmäßigen Gang der politischen Ereignisse“ warnte, daß die Volkspartei die Forderungen der Ruhe und Ordnung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen würde. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Polizeibehörde selbst, das heißt das System Boehner durch einseitige Anwendung des Belagerungszustandes gegen links und offensichtliche Begünstigung der rechtsradikalen Agitation erst die Bedingungen geschaffen hat, unter denen solche Gefahren groß werden konnten. Graf Lerchenfeld hat in der gestrigen Programmrede seine Regierungsgrundzüge in drei Punkten kurz zusammengefaßt. Er betont an erster Stelle, daß er mit allen Mitteln „Ehrungen, Mägen sie kommen, woher sie wollen“, entgegenzutreten werde. Die jetzigen Koalitionsparteien haben, wie wir bereits mitteilten, einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der die Entfernung des Polizeipräsidenten von Kahr verlangt. Man wird doch erwarten dürfen, daß die neue Regierung es nicht bei der Unterdrückung der jetzigen akuten Vorgänge belassen lassen, sondern daß sie auch die Voraussetzungen beseitigen wird, unter denen diese Dinge erst möglich geworden sind.

Das Ententeultimatum an Ungarn.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

T. B. Budapest, 23. September.

Die ungeklärte weltungarische Frage hält die ganze ungarische Öffentlichkeit in Atem. Gestern abend fand eine interparteiliche Sitzung statt, in der der Ministerpräsident verteilte Mitteilungen machte. Die Parteien beschloßen, bis zur Regelung der Angelegenheit den Burgfrieden zu wahren. Zum Grunde der Unklarheit man hier das Ententeultimatum. Wenn es bis Sonnabend eintrifft, wird die Nationalversammlung sofort dazu Stellung nehmen. Graf Andrássy hat die Regierung interpelliert, in welchem Sinne die Meinung der Regierung vorliegt.

Heute den Abend der weltungarischen Frage erlahnte ich. In diesem Sommer weils der frühere Ministerpräsident Stefan Friedrich in Belofatrad am Plattensee, wo sich er mit seinen Freunden befindet, der Austreibung Weltungarns Widerstand entgegenzusetzen. Nationale Krise, die glauben, daß etwas geschehen müßte und die das Beispiel Korschanis reizte. Der durch den Infanterieaufstand die Situation Polens in Ober-Oesterreich verberstete, hunderttausend Millionen zu diesem Unternehmen, die Regierung Weils fernhielt. Als die Regierung Stefan Friedrich, dem Reichspräsidenten in Wien, um den Obersten Major am Berg, sich die frühere Detachementen Weltungarns, Major und Pronay nach Weltungarn, um sie verhaften zu lassen. Aber die Infanterieführer hatten inzwischen schon viel Anhang gewonnen, daß der Kampf gegen sie unmöglich gemacht wurde, um so mehr als Gefahr vorhanden war, daß die Regierung Weils, die in Weltungarn unter Feldmarschallentant Graf von Gombocz, bis zum Herbst verbleiben werden. Der frühere Oberste der Truppen, um sich Reichstreffen und hatte für kurzen keinen Abschied nehmen müssen. Man einigte sich auf ein Kompromiß. Friedrich, Major und Major verließen

Die Verhandlungen über den Wiederaufbau.

Vorausichtlich keine neue Zusammenkunft Athenau-Loucheur.

Wir aus Parlamentarier haben, wird voraussichtlich keine neue Begegnung zwischen den Ministern Athenau und Loucheur erfolgen. Die Frage der Rebeverträge wird wahrscheinlich nur von Vertretern und Sachverständigen der beiden Länder besprochen werden.

Die Weiterberatung des Wiederaufbaufabkommens wird voraussichtlich in der morgigen Sitzung des Reichstagsbundes erfolgen.

Ministerrat im Krankenzimmer Lloyd Georges.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

23. Sept., 23. September.

Der Londoner Korrespondent des „Nachbode“ hört aus London, daß Lloyd George gefahren in seinem nordöstlichen Krankenzimmer einen bedeutenden Ministerrat abgehalten habe. Dem Lord Fitz Alan, der in der letzten Sitzung, der irische Staatssekretär Komar O'Connell, Außenminister Churchill und Lord Fitz Alan, der irische Staatssekretär, teilnehmend. Der erste Minister war sehr leidet damit befristet, eine Formel zu finden, die für die Einmütigkeit annehmbar sein würde, was sehr schwierig erscheint angesichts des peinlichen Zustandes, der durch das letzte Telegramm De Valeras entstanden ist. Vor allem wünscht Lloyd George, daß die Konferenz in Irlands Ratifizierung, er wird alles daran setzen, damit die schwere Verantwortlichkeit eines eventuellen Scheiterns keinesfalls auf seine Rechnung geschoben werden kann. Der Ministerrat hat sich ferner eingehend mit einem Aktionsplan bezüglich der Arbeitslosenfrage beschäftigt. Man wird zwischen dem Mannen Mondis und Mac Karomas wählen müssen. Es wird jetzt bekannt, daß die große Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder ganz und gar gegen den Entwurf Mondis sich wendet. Wie der Korrespondent des „Nachbode“ weiter erzählt, ist seine Rede von allgemeinem Beifall, wenn diese nicht abstoßend wenig werden sollten zur Stärkung der Position der Regierung im Fall eines Scheiterns der Unterhandlungen mit Irland.

Der neue Ministerpräsident unbekannt dann weiter, daß die Freue um Reich für ihn unüberdachtlich sei, und er letzte gleichzeitig neben diesem Beamtentum zum Reich ein Beamtentum zum Föderalismus ab, das sich gegen einen übertriebenen Zentralismus wendet. Der deutsche Einzelstaat, wie er in der Weimarer Verfassung begründet ist, vertritt sich durchaus mit einer weitgehenden Zentralisation, das ist gerade von demokratischer Seite wieder und wieder hervorgehoben worden. Was aber in den letzten Wochen sich als bayerischer Föderalismus ausgab, das war vielfach ein deutschnationales Schlagwort, das in der Haupt Sache von Nichtberatern gehandhabt wurde. Es geht um einen übertriebenen Zentralismus. Der deutsche Einzelstaat, die Münchener-Augsburger Abendzeitung, und zwar war es der Sache München, der unter der Leitung des Grafen Traub Bayern vor der Bayerischen Volkspartei